

## Machen Sie Druck: Soziale Kommunen für alle!

Städte und Gemeinden sind unser Lebensmittelpunkt. Dort gehen unsere Kinder in die Kita oder zur Schule. Unsere Lebensqualität und die unserer Kinder hängen wesentlich davon ab, ob die öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, ÖPNV, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gut ausgestattet sind und am Gemeinwohl ausgerichtet werden.

DIE LINKE, die inzwischen in vielen Kommunalparlamenten vertreten ist, kämpft für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Erhöhen Sie mit uns gemeinsam den Druck auf die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land, damit die Kommunen ihre Aufgaben für die Mehrheit der Bürger/innen wahrnehmen können. Statt Steuergeschenke für Reiche wollen wir mehr Investitionen für die Menschen. Öffentliche Investitionen schaffen Arbeit und mehr Lebensqualität.

**DIE LINKE vertritt Ihre Interessen vor Ort. Je mehr Menschen sich für soziale Politik engagieren desto mehr können wir bewegen.**

**MITMACHEN!**  
**Mitglied werden!**  
**So erreichen Sie uns:**

DIE LINKE  
Marienstraße 3A  
70178 Stuttgart  
Telefon 0711/24 10 45  
Fax 0711/24 10 46  
info@die-linke-bw.de  
www.die-linke-bw.de

**DIE LINKE.**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

**STIMMEN:**

**Bernd Rießinger**  
Landessprecher der LINKEN  
in Baden-Württemberg



„Wir erleben gerade die größte Krise des kapitalistischen Weltfinanzsystems in der Nachkriegsgeschichte. Die Wirtschaftskrise trifft Baden-Württemberg besonders hart. Die kommunalen Haushalte und in Folge die Menschen mit niedrigen Einkommen sind als erstes betroffen. DIE LINKE fordert: GEGENSTEUERN. Die Profiteure der Krise, Reiche und Kapitalbesitzer müssen bezahlen. DIE LINKE fordert die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Einführung einer Millionärssteuer für Vermögende. DIE LINKE fordert mehr öffentliche Kontrolle über Banken und Börsengeschäfte. DIE LINKE will, dass die Kommunen handlungsfähig bleiben. Deshalb fordern wir ein öffentliches Investitionsprogramm um die soziale Infrastruktur erhalten und ausbauen zu können: Für flächendeckende öffentliche Gesundheitsversorgung, für bessere Schulen und Kindergärten, für eine Revitalisierung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.“

**DIE LINKE.**  
**100% SOZIAL!**

**Ulrike Küstler**  
Stadträtin der LINKEN  
in Stuttgart



„Bildung fängt im Kindergarten an. Kinder brauchen mehr qualifizierte Förderung in den Kindertageseinrichtungen und mehr ErzieherInnen. Kein Kind darf wegen seiner ethnischen Herkunft oder sozialen Lage zurückgelassen oder ausgegrenzt werden. Deshalb tritt DIE LINKE ein für kostenlose Kitas und mehr Ganztagesangebote. Wir wollen gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse. Die Lernmittelfreiheit darf nicht nur auf dem Papier stehen! Gemeinsam mit Eltern und Schülern engagieren wir uns für bessere Schulausstattung, für kleinere Klassen, mehr LehrerInnen und Schulsozialarbeit.“

**Gudrun Kuch**  
Stadträtin der LINKEN  
in Mannheim



„Die SPD und Grüne bringen's nimmer, CDU und FDP machen's schlimmer. Was auf Bundesebene mit Hartz IV und Agenda 2010 gesetzlich angerichtet wurde, kommt als Armut und besonders Kinderarmut, als Ein-Euro-Jobs und als Niedriglöhne vor Ort an. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sind gesunken - aber in Wirklichkeit steigt ständig die Zahl der Menschen, die aufs Bittstellen beim Jobcenter angewiesen sind. Immer mehr Menschen arbeiten in Billigjobs, von denen sie nicht leben können. Nur DIE LINKE kämpft für eine sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeldes II, für Sozialtickets in den Kommunen und für eine würdige soziale Grundsicherung!“

**Kommunale Investitionen**

**Soziale Kälte und Krise**

**DIE LINKE.**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

**Mit sozialen Kommunen GEGEN die Krise!**

■ Kommunen finanziell besser ausstatten! ■ Keine Haushaltsanierung auf dem Rücken von Personal und BürgerInnen! ■ Städte und Gemeinden gehören allen!

## Mit sozialen Kommunen GEGEN die Krise!

Leidtragende der Finanz- und Wirtschaftskrise sind gerade die Kommunen. Zurückgehende Gewerbesteuereinnahmen bringen viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg in Finanznöte. Städte wie Sindelfingen, Freiburg oder Esslingen können kaum noch einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Reflexartig verhängen Kämmerer und Bürgermeister Haushaltssperren oder fordern Einsparungen bei den öffentlichen Dienstleistungen und beim Personal. Häufig sollen noch die Gebühren erhöht werden. DIE LINKE hält diese Politik für falsch. Sie geht zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung und der Beschäftigten.

### DIE LINKE will...

- Mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden.
- Mehr Geld für Soziales, Bildung und Ökologie in den Kommunen.
- Mehr Beschäftigung und guten Service für die BürgerInnen!

Dazu müssen die Verursacher der Krise und die Nutznießer der letzten Jahre verstärkt steuerlich zur Kasse gebeten werden. DIE LINKE legt einen Schwerpunkt auf öffentliche Investitionen zu Gunsten aller und nicht auf unbedingte Haushaltskonsolidierungen zu Lasten der Schwächsten.

**Je stärker die LINKE,  
desto sozialer das Land!**

## LINKE will Ausbau von Bildung, Sozialem und Ökologie!

Die unsoziale Politik der letzten 25 Jahre hat bewusst den öffentlichen Sektor und dabei besonders die Kommunen beschnitten. Reiche und Kapitalbesitzer mussten zu Lasten der öffentlichen Hand kaum noch Steuern bezahlen. Die Folgen: Die Investitionen im öffentlichen Bereich sind in Deutschland auf einen historischen Tiefstand gesunken. Sie betragen gerade mal die Hälfte des Durchschnitts der EU-Mitgliedsstaaten. Die Folgen sind dramatisch: Schulen mit Schimmel an den Wänden, einsturzgefährdete Decken, veraltete Toilettenanlagen, Turnhallen, die den Sicherheitsstandards nicht mehr entsprechen, fehlende Kindertagesplätze, zu wenige gut ausgebildete ErzieherInnen, fehlende Instandhaltung von öffentlichen Gebäuden und vieles andere mehr. Eines der reichsten Länder der Welt kann nicht einmal jedem Schulkind ein kostenloses warmes Mittagessen gewähren!

### DIE LINKE kritisiert diese Politik. Der öffentliche Sektor muss deutlich ausgebaut werden.

#### Wir brauchen dringend,

- Ausbau von Kitas für unter Dreijährige
- Gebührenfreie Kindergärten
- Mehr ausgebildete ErzieherInnen
- Moderne und gut ausgestattete Schulen
- Mehr Schulsozialarbeit
- Sozialtickets für Erwerbslose und arme Menschen
- Ein gutes und bezahlbares kulturelles Angebot
- Den Umbau zu regenerativer und dezentraler Energieversorgung
- Ausbau von Bus und Bahn (ÖPNV)
- Gute, wohnortnahe gesundheitliche Versorgung und Pflege



## Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor schaffen, statt Massenarbeitslosigkeit erhöhen!

Landauf landab wird in den Betrieben Personal abgebaut oder werden gar Entlassungen angedroht. Die auf Export ausgerichtete Baden-Württembergische Industrie kommt nicht so schnell aus der Krise. Die Jugendarbeitslosigkeit z.B. in der Region Stuttgart ist gegenüber dem Vorjahr um 48 Prozent gestiegen. Auszubildende bangen um ihre Übernahme nach der Ausbildung. Tausende von LeiharbeiterInnen wurden schon nach Hause geschickt und zahlreiche befristete Arbeitsverträge nicht verlängert. Wenn in dieser Situation im öffentlichen Dienst Personalbesetzungssperren verhängt und Personalabbau beschlossen wird, erhöht das die Massenarbeitslosigkeit. Das Gegenteil zu tun wäre richtig. Der öffentliche Sektor muss ausgebaut und zusätzliche Arbeitsplätze müssen geschaffen werden. So beschäftigen z.B. die skandinavischen Länder doppelt so viele Menschen pro 1000 Einwohner im öffentlichen Sektor als Deutschland. Norwegen, Schweden oder Finnland befinden sich bei der Bewertung des Lebensstandards unter den ersten 10 Ländern der Erde, Deutschland lediglich an 22. Stelle. Die Misere bei der Bildung ist ja seit langem bekannt, ohne dass sich etwas ändert.

**Finde ich alles richtig, aber wie kann man das finanzieren?**

Die Finanzspielräume der Kommunen wurden durch die unsoziale Politik der letzten 25 Jahre systematisch eingeengt. Der damit bezweckten gigantischen Anhäufung privaten Reichtums in wenigen

Händen steht wachsende öffentliche Armut gegenüber. DIE LINKE fordert deshalb die Einführung einer Vermögenssteuer, die direkt den Ländern und in der Folge den Kommunen zu Gute kommen würde. Außerdem wollen wir eine Gewerbesteuerreform, die den Städten und Gemeinden verlässliche Einnahmen sichert (Gemeinwohlsteuer).

Die Kommunen leiden außerdem darunter, dass Bund und Länder ständig zusätzliche Aufgaben beschließen, dafür aber nicht bezahlen. Damit wird das so genannte Konnexitätsprinzip verletzt (Wer bestellt, der bezahlt auch!). Aktuell kürzt der Bund die Zahlungen für Wohngeld und Kosten der Unterkunft. Es gibt einen Streit, weil das Land die zusätzlichen Kosten für bessere Kinderbetreuung auf die Städte und Gemeinden abwälzen will. DIE LINKE will, dass Bund und Länder ihren Finanzverpflichtungen nachkommen und nicht den Kommunen das Wasser abgraben.

**Jetzt in der Krise müssen die Kommunen sofort finanziell besser ausgestattet werden. Kommunale Investitionen kommen direkt bei den Menschen an und wirken nachhaltig! Dafür fordert DIE LINKE von der Landesregierung ein Investitionsprogramm von 5 Mrd. Euro.**

Wer in den letzten Monaten erlebt hat, wie viele Milliarden in das marode Finanzsystem gesteckt wurden, ohne klare Rückzahlungsbedingungen zu vereinbaren und ohne sich die entsprechenden Anteile und Einfluss zu sichern, kann nicht mehr glauben, dass kein Geld da wäre. 5 Milliarden Euro haben die Stadt Stuttgart, das Land Baden-Württemberg und die Sparkassen für die LBBW aufgebracht, nur weil die Landesregierung sie nicht unter den „Schutzschirm“ des Bundes stellen wollte. Geld, das in unseren Kommunen besser aufgehoben wäre.